Alex Demirović

IST DER NEOLIBERALISMUS HEGEMONIAL?

Der ehemalige Professor an der Reichsuniversität Wien, Arnold Gehlen, vertrat in seiner Soziologie des Posthistoire die Ansicht, dass die Epoche der Gestaltungs-Ideologie, die mit 1789 begonnen hatte, mit dem Wohlfahrtsstaat weltgeschichtlich an ihr Ende gelangt sei. Die Beziehung zwischen dem politischen und dem wirtschaftlichen Leben könne nicht mehr entscheidend verändert werden. Damit meinte er, dass die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen im Wohlfahrtsstaat eine Einheit bildeten, dass die Regierung nicht mehr entscheidet, sondern mit den großen Verbänden die einzelnen Maßnahmen aushandelt, die für den Gesamtkreislauf von wirtschaftlichem Wachstum, Produktivität, Steuereinnahmen, Investitionsförderung, Infrastrukturmaßnahmen, Umverteilung und sozialer Sicherung notwendig sind. Das alles füge sich zu einer stationären Subventionsordnung, die ein modernes Äquivalent zur alten Naturordnung bilde (vgl. Gehlen 1978, 269f). Für Gehlen als Vertreter der konservativen Revolution ist nach der Niederlage des von ihm unterstützten nationalsozialistischen Projekts an dieser Entwicklung, die er nicht gutheißt, beruhigend, dass in einem ultrastabil gewordenen System Kritik und Veränderung außer Kraft gesetzt worden seien.

Aus einer ganz anderen, kritischen Sicht ist Jürgen Habermas überzeugt, dass der Wohlfahrtsstaat eine evolutionäre Errungenschaft sei, die ein Stadium der modernen Gesellschaft anzeigt, das eine Veränderung nur noch in einem sehr eingeschränkten Sinne zulässt: Die eine Möglichkeit ist die historische Regression auf ein früheres Stadium der Entdifferenzierung; eine solche Pathologie rückgängig zu machen bedeutet, auf das Niveau zurückzukehren, das die Evolution bereit hält. Die andere Möglichkeit ist, die bestehende Moderne durch graduelle Veränderungen dort zu verbessern, wo sie selbst evolutionär noch einen solchen Bedarf anmeldet. Aus der Sicht von Habermas bedeutet dies, die zwei durch den Wohlfahrtsstaat geschaffenen Formen des Konsumismus und staatsbürgerlichen Privatismus zu korrigieren durch die Entfaltung der Öffentlichkeit. Öffentlichkeit ist eine Sphäre ständig erneuerter Verständigung, die notwendig wird, weil Übergriffe aus den Systemen der Wirtschaft und der Politik zurückgedrängt werden müssen. An der Struktur der modernen Gesellschaft ist jedoch nichts mehr zu ändern.

Bedenkt man diese theoriegeschichtlich einflussreiche Konstellation, dann lässt sich erahnen, welchen Bruch der plötzliche politische Einfluss des Neoliberalismus insgesamt für den zeitdiagnostischen Horizont noch bis weit in die 1980er und 1990er Jahre hinein darstellte. Denn er fordert mit seinen Annahmen und Überlegungen heraus, was sich über die Jahrzehnte als ein breites Selbstverständnis der Linken wie der Rechten herausgebildet hatte: dass nämlich die Form des nationalen, keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus auf der Grundlage eines eingespielten Klassenkompromisses wie eine historische Sperrklinke wirke: entweder sei eine Änderung praktisch nicht möglich und alle, die in diese Richtung dachten, seien letztlich im schlechten Sinn utopisch; oder der Wohlfahrtsstaat sei einfach der gegebene Ausgangspunkt für weitere Schritte und Erfolge der Emanzipation. Der Neoliberalismus hat auf zynische Weise bewiesen, woran die Linke kaum glauben mochte, dass nämlich die sozialen Verhältnisse mit der Schwerkraft der jahrzehntelangen Gewohnheit sich ändern lassen, viel-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

leicht nicht immer schnell und plötzlich und auch nicht gleichmäßig sich über alle gesellschaftlichen Bereiche erstreckend. Aber eine beharrliche Politik macht dies auf Dauer möglich. Das wohlfahrtsstaatliche Verhältnis von Staat und Ökonomie wurde in entscheidenden Hinsichten desartikuliert, das öffentliche Leistungsangebot radikal eingeschränkt, die Gewerkschaften angegriffen, die Reallöhne gesenkt, Arbeitsverhältnisse geschaffen, die den Lebensunterhalt oft nicht mehr ausreichend sichern und dennoch die Individuen wie ihre sozialen Zusammenhänge von innen her auszehren und ausplündern, die Orientierung von den standardisierten Massenkonsumgütern auf private Daseinsvorsorge neu ausgerichtet, die Position des Unternehmers gestärkt, der Reichtum als gerecht neu legitimiert, umfangreiche Arbeitslosigkeit und Armut geschaffen, die noch in den 1960er Jahren viele für bestandsgefährlich gehalten haben. Zu all dem schweigen die meisten – und dort, wo es Protest gab und gibt, ist es denjenigen noch immer gelungen, diesen auszusitzen im Namen der nachhaltigen Haushaltssanierung des Staates, der Sicherung der Zukunft kommender Generationen, die gerade an die Reichen verteilt wird, und der Anpassung an die Zwänge des Weltmarkts.

Für die Linke führt dies verbreitet zur Diagnose von der Hegemonie des Neoliberalismus. Dies legt nahe, dass es sich um eine einheitliche Ideologie, eine pensée unique, handelt, dass es eine Ideologie ist, die die Veränderung der sozialen Wirklichkeit in Gang bringt, dass dies ausgehend von einem konzeptionellen Zentrum aus systematisch geschieht, das mit seiner Doktrin das Denken aller durchdringt, Zustimmung herbeiführt und alle im gewünschten Sinne eines betriebswirtschaftlichen Denkens handeln lässt. Eine weitere Implikation dieser Diagnose ist, dass die Phase des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses rückblickend in einem versöhnlichen Licht erscheint. Im Prinzip war dies schon der Weg zu einer Domestizierung oder gar Überwindung des Kapitalismus, denn mit der Senkung der Rentabilität der Unternehmen durch hohe Löhne wurde eine Verstaatlichung ermöglicht. Der Neoliberalismus gilt als Ideologie, die nur deswegen wirkungsmächtig und hegemonial ist, weil alle an sie glauben. Würde die Drohkulisse globalisierter Märkte und der angeblichen Exit-Option der Unternehmen nicht geglaubt, dann wäre es möglich, zum status quo ante zurückzukehren. Dies liegt aus einer keynesianischen Sicht auch nahe, weil die neoliberale Wirtschaftsstrategie enorme makroökonomische Ungleichgewichte schafft: riesige Gewinne bei einer Reihe von Unternehmen, zahlreiche Insolvenzen und vor allem hohe Arbeitslosigkeit. Die Ursache wird in einer Nachfragerestriktion gesehen, die durch staatliche Nachfrageprogramme behoben werden könnte. Die Veränderungen der kapitalistischen Formation werden zu gering eingeschätzt. Letztlich kommt es nur zu einer Kritik des Neoliberalismus als einer fehlerhaften Wirtschaftsdoktrin, nicht als eine Ideologie, die mit Tendenzen der Neuformierung der kapitalistischen Gesellschaftsformation organisch verbunden ist. Aber selbst wenn sie mit dieser Form der passiven Revolution verbunden ist, in der sich gegenwärtig die Transformationsprozesse vollziehen, ist sie nicht gleichzusetzen mit einer Hegemonie dieser Ideologie.

Es ist freilich ein Fehler zu denken, der Neoliberalismus wäre erfolgreich, weil eine mehr oder weniger kleine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern einige mehr oder weniger richtige Überlegungen angestellt hätte, die sie solange wiederholten, bis alle dem Zauber der Voodoo-Ökonomie verfallen waren. Vielmehr ist zu klären, wie es zu einem vorläufigen Konsens in Politik, Wissenschaft oder Journalismus kommen konnte, der mit Elementen des Neoliberalismus verbunden ist. Dies gibt Anlass, die etwas verwirrende ideologiegeschichtliche Konstellation zu bedenken. Denn vieles von dem, was als Neoliberalismus bezeichnet wird, wurde schon vor Jahrzehnten seit den 1930er und 1940er Jahren konzipiert. Wichtige Überlegungen des

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

Neoliberalismus sind bereits in die Konstruktion dessen eingegangen, was seit den 1950er Jahren in Deutschland als soziale Marktwirtschaft bezeichnet wird. In einem im Auftrag der Ludwig-Erhard-Stiftung herausgegebenen Sammelband mit „Grundtexten zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion“ (Stützel u. a. 1981) werden wie selbstverständlich Texte von Franz Böhm, Ludwig Erhard, Walter Eucken, Friedrich von Hayek, Ludwig von Mises, Alfred Müller-Armack oder Wilhelm Röpke zusammengestellt. Die meisten der genannten Autoren zählen sich selbst zum Neoliberalismus oder werden ihm zugerechnet; viele von ihnen waren seit den 1930er Jahren bemüht, den Liberalismus wieder zu beleben und ihm neue Attraktivität zu geben. Markiert wird dies durch das „Colloque Walter Lippmann“, das im August 1938 in Paris stattfand, und auf dem aufgrund theoriepolitischer Überlegungen in der Diskussion über terminologische Alternativen wie „néo-capitalisme“, „libéralisme positif“ oder „libéralisme de gauche“ schließlich die Entscheidung für „Neo-Liberalismus“ fiel (Walpen 2004, 59f). Diejenigen, die für eine Wiederbelebung des Liberalismus unter diesem neuen Ausdruck des Neoliberalismus eintraten, reagierten auf eine von ihnen seit langem wahrgenommene Krise des Liberalismus. Diese Krise bestand aus einem Mangel an Überzeugungskraft des Liberalismus, aus ökonomischen Entwicklungen wie Kapitalkonzentration und einer damit einhergehenden Kontrolle und Lenkung der Märkte nicht nur durch Unternehmen, sondern durch staatliche Planung und damit verbundener protektionistischer Tendenzen. Faschismus, Kommunismus, keynesianisch geprägter New Deal – aus der Sicht der Neoliberalen war das alles eins, nämlich Totalitarismus, der mit staatlicher Planung das natürliche Gleichgewicht der ökonomischen Welt stört. Der Neoliberalismus war gedacht als ein Gegenangriff des Liberalismus für die Freiheit. Dabei bestand die klare Einsicht, dass ein Zurück zum Manchesterkapitalismus und Laissez-faire nicht möglich sei, hatte doch gerade dieser historische Liberalismus die gegenwärtige Krise selbst mit verursacht. Es musste also ein neuer Weg zwischen Laissez-faire und Totalitarismus gefunden werden, Bündnisse mit den Gewerkschaften und der katholischen Kirche wurden ins Auge gefasst. In Deutschland führte dies schließlich zum Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“.

Das mit dem Begriff der sozialen Marktwirtschaft verbundene Koalitionsangebot an Gewerkschaften und Christen in der Nachkriegszeit Deutschlands stützte sich auf eine Politik der sozialen Sicherung. Der Neoliberalismus, so Foucault (2004, 129), wurde als Alternative zu Kapitalismus und Planwirtschaft gesehen. Hayek hatte allerdings das Bedenken, dass mit dem Attribut „sozial“ die Marktwirtschaft ihres Inhalts beraubt werden könnte (vgl. Walpen 2004, 75). Aufgrund solcher Binnendifferenzen wird dann gelegentlich zwischen dem die soziale Marktwirtschaft unterstützenden Ordoliberalismus der Freiburger Schule und dem marktradikalen Liberalismus unterschieden (vgl. Müller-Jentsch 2001, 205). Denn in der sozialen Marktwirtschaft werden, so Müller-Armack 1947, vom Staat die rechtlichen Spielräume geschaffen, in denen sich Unternehmer und Gewerkschaften in freier Verhandlung zu Gesamtverträgen treffen; die Einkommensbesteuerung besorgt den Ausgleich zwischen unerwünschten Einkommensunterschieden. Wenn wegen dieses Ziels des Ausgleichs in jüngerer Zeit von deutschen Gewerkschaftern und ihnen nahe stehenden Intellektuellen die soziale Marktwirtschaft erneut als die Formel des früheren Klassenkompromiss beschworen wird, so wird von ihnen nicht angemessen berücksichtigt, dass die Vertreter der sozialen Marktwirtschaft Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, Kündigungsschutzrechte, das durch starke Gewerkschaften gesicherte hohe Lohnniveau nahe an der Produktivitätsentwicklung regelmäßig als Ursachen für die Gefährdung der marktwirtschaftlichen Ordnung kritisiert haben, weil all dies die Anpassung an die erforderlichen Veränderungen am Markt verlangsamt oder verhindert.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

Ideologiegeschichtlich ist das Verständnis von Neoliberalismus auch deswegen kompliziert, weil – wie der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser (2004, 403) schreibt –, in Westdeutschland von Neoliberalen unter dem Titel der sozialen Marktwirtschaft eine Reform des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems durchgeführt worden ist, die in den meisten Ländern Westeuropas im Namen einer keynesianischen Wirtschaftspolitik verfolgt wurde. Wir haben also das Kuriosum, dass die gegenwärtigen Veränderungen im Namen einer Doktrin vorgenommen werden, die schon seit Jahrzehnten existiert und, noch verwirrender, schon seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bei der Restauration der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland Pate stand, dass die Wirtschaftspolitik, die in Deutschland im Namen der neoliberalen Ideologie durchgeführt wurde, in anderen Gesellschaften als neokonservative oder keynesianische Wirtschaftspolitik praktiziert wurde.

Wenn man diesen historischen Aspekt vor Augen hat, der darüber belehrt, dass der Neoliberalismus kein kohärentes Ideengebäude ist, dann lenkt dies die Aufmerksamkeit eher auf die Praxis. Dies sollte nun nicht so verstanden werden, dass die Stärke des Neoliberalismus sich dann gleichsam passiv als Ergebnis der Krise, Schwäche und mangelnden Überzeugungskraft der keynesianischen Regulierung ergibt. Eine solche These lässt die sich über Jahre und Jahrzehnte hinziehende Aktivität von Neoliberalen außer Betracht, die ja in einer Reihe von Ländern wie Deutschland immer einflussreich bei der wirtschaftspolitischen Gestaltung mitwirkten und sich dabei selektiv durchaus auch keynesianischer Methoden bedienten. Ich schlage deswegen vor, den Neoliberalismus als eine praktische Ideologie der Akteure des Kapitals zu begreifen. Als praktische Ideologie ist er vor allem (gegen)revolutionär und zerstörerisch; er organisiert die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen. Aber der Neoliberalismus, auch wenn er es vielleicht gern geworden wäre, ist keine eigenständige Ideologie im Sinne einer umfassenden konzeptiven Weltauffassung der bürgerliche Klasse, eher formuliert er die korporative Interessenlage des Bürgertums. Auf dem Niveau der wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratie, angesichts einer staatlichen Herrschaft, die durch Demokratisierung und Konzessionen in die Krise geraten war, einer politisch-kulturellen Situation, die als subversiv, spätbürgerlich und postmodern galt, angesichts gesellschaftlicher Kräfte, die dabei waren, der Gesellschaft durch Kämpfe um das Wissen von unten, für neue Identitäten, gegen Kolonialismus, Rassismus und Nationalismus ihre Geschichte, ihre Veränderbarkeit und ihre Zukunft zu erschließen, geht es um die Vergewisserung und Wiederherstellung bürgerlicher Herrschaftsgrundlagen durch den Rückgriff auf die Herrschaft des Marktes selbst: Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, rechtliche Regelungen, die einen stabilen unternehmerischen Erwartungshorizont schaffen, überhaupt hohe Erwartungsstabilität durch staatlichen Schutz der Märkte, schließlich eine gesellschaftliche Entwicklung, die durch Kontingenz der Märkte bestimmt ist, also Verzicht auf Vernunft als bewusste Kontrolle und Lenkung des Zusammenlebens durch alle und Freiheit des Wettbewerbs als Prinzip der Evolution selbst. Als Strategie der passiven Revolution und der Zerstörung der Errungenschaften von Lebensgewohnheiten und Regelungen, die den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss auf Dauer stellten, ist der Neoliberalismus nicht hegemoniefähig. Er will sich nicht verpflichten und binden, indem er neue Allverbindlichkeiten schafft. „Die Rationalisierer und Evaluatoren, die mit Zeitmessern produktive und unproduktive Umwege gleichermaßen wegschaffen und im Zweifelsfall vor allem Entlassungen legitimieren – eine ganze Schicht solcher technischer Berater und Bewerter durchforstet immer mehr gesellschaftliche Bereiche, nicht länger nur Wirtschaftsbetriebe, sondern nach und nach alle öffentlichen Institutionen, ob es das Theater und die Oper ist, die Schule oder Universität, ob Behörden oder

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

Krankenhausverwaltungen, immer mit dem Ziel, Überflüssiges und Zweckfremdes dingfest zu machen.“ (Negt 2005, 29) Was Negt hier anschaulich beschreibt, ist meiner Ansicht nach die Strategie der neoliberalen Gegenhegemonie: systematisch werden die Überbauten, in denen sich etwas wie kompromisshafte Allgemeinheit zwischen den antagonistischen sozialen Klassen verdichtet, umgebaut, eingeschränkt, zerschlagen und, soweit sich dies mit Erwartungen auf Gewinne verbinden lässt, direkt dem Zwang zur Kapitalverwertung unterworfen. Das ist wahrscheinlich eines seiner Hauptelemente: in der Krise der Kapitalverwertung, die der Fordismus nicht weiter lösen konnte, das Gewicht der Kapitalfraktionen zu verändern, die an der Verteilung des abgepressten Mehrwerts teilnehmen dürfen, sowie neue Bereiche der Verwertung zu erschließen durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und durch Allgemeingüter wie Gene, Organe, Wissen, Ressourcen in den Meeren. Dies führt zu enormen Verwerfungen in den eingespielten Interessenkonstellationen zwischen Einzelkapitalen, Branchen, ihrem jeweiligen Verhältnis zum subventionierenden Wohlfahrtsstaat; es müssen Einschnitte in eingespielte Konkurrenz- und Austauschmechanismen vorgenommen werden. Der Neoliberalismus ist das zerstörerische Moment in den selbsttransformativen Prozessen der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Der Mangel an Hegemoniefähigkeit, in gewisser Weise vielleicht sogar eine grundlegende Gleichgültigkeit gegenüber der Hegemonie macht sich auch darin geltend, dass der Neoliberalismus als praktische Ideologie sich vielfach mit anderen ideologischen Komponenten verbindet. Entsprechend konnte der Neoliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten in der Verbindung mit der sozialen Marktwirtschaft erfahren werden, aber auch in Verbindung mit dem Neokonservatismus in der Art von Reagan und einem starken, warfare-orientierten Staatsinterventionismus, mit einem christlichen Fundamentalismus in der Art von Bush jr. und einer Kaperung des Staatsapparats durch wenige Unternehmen wie Halliburton, in Verbindung mit einem autoritären Populismus in der Art von Thatcher oder Berlusconi und dessen Strategie, sich den Staat für seinen privaten Zweck als Unternehmer anzueignen, mit der Sozialdemokratie Blairs und Schröders sowie den Grünen. Reine neoliberale Parteien wie die deutschen Freidemokraten sind klein; und selbst diese müssen sich bemühen, Kompetenzen z. B. auf bürgerrechtlicher Ebene zu entwickeln, um bündnisfähig zu sein. Die weite Verbreitung und Verknüpfungsfähigkeit mit anderen Ideologien legt den Fehlschluss nahe, diese seien Neoliberalismus in verkleideter Form. So hält Bernhard Walpen den Neokonservatismus für eine für die USA typische Spielart des Neoliberalismus, weil dort der Liberalismus seit den 1930er Jahren mit dem keynesianisch inspirierten New Deal und dem politischen Liberalismus assoziiert wird. Doch so werden die christlichen, die neokonservativen, die lebensschützerischen, rechtspopulistischen, rassistischen, unilateralistisch-staatsinterventionistischen Aspekte zu schnell außer Betracht gelassen. Wird alles mit dem Neoliberalismus gleichgesetzt, dann werden die ideologischen Tendenzen vereinheitlicht, und es geraten die ideologischen Widersprüche aus dem Blick; alles wird zu Neoliberalismus, und dieser selbst wird zu einer Substanz reduziert. Am Ende macht eine Ideologie die Geschichte – als sei sie nicht selbst gemachte Geschichte.

Die Frage, ob der Neoliberalismus hegemonial sei oder nicht, hängt davon ab, was man unter Hegemonie verstehen will, um einen Maßstab zu haben. So wie ich den Begriff der Hegemonie im Anschluss an Gramsci und Poulantzas verstehe, heißt Hegemonie, dass die herrschende Klasse in bestimmten Hinsichten von ihren besonderen Interessen abrückt und Konzessionen gegenüber den Klassen macht, die sie regieren will. Dazu muss sie sich als allgemeine Klasse

darstellen, also entsprechende allgemeinverbindliche Begriffe, eine Weltanschauung und mittels staatlicher Erziehung, rechtlicher und moralischer Normen eine Lebensweise entwickeln. Hegemonie ist ein Totalisierungsprojekt, das auf die Formierung der Gesellschaft als einer integrierten Einheit zielt, die alles in das Licht eines quasi-logischen Zusammenhangs taucht. Dieser Prozess der herrschaftlichen Verallgemeinerung führt zum Aufbau eines komplexen Überbaus mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Apparaten. In ihnen finden sich eine Vielzahl von Interessen vertreten, die durch allseits anerkannte Sprecher, kleine, mittlere und große Intellektuelle ausgearbeitet und repräsentiert werden. Thatcher hat wahrscheinlich die antihegemoniale Formel des neoliberalen Programms geprägt: so etwas wie Gesellschaft gebe es nicht, sondern nur Individuen und Familien.

Beim Neoliberalismus sehe ich eher die Strategie, die Überbauten zu prüfen, einzureißen, sie in den Prozess der Kapitalverwertung zu ziehen und damit auch ihre Existenz zur Disposition zu stellen. Es herrscht die Tendenz, zugunsten des korporativen Interesses weniger sozialer Gruppen, die sich in einem schnellen Tempo bereichern, ein breites Geflecht von sozialen Kompromissen zu zerreißen, gerade eingegangene Kompromisskonstellationen auch schnell wieder zu verlassen. Dafür wird eine Strategie verwendet, die sehr häufig an elementare Alltagserfahrungen anknüpfen kann, soziale Verhältnisse moralisiert und auf überraschende Weise Gerechtigkeitsgesichtspunkte mobilisiert. Der Neoliberalismus ist der Versuch, den Kapitalismus, den Markt, den Wettbewerb, das Leistungsprinzip als Lösung der Gerechtigkeitslücken auszuweisen, die von der Politik der sozialen Gerechtigkeit erzeugt wurden. Diese Umstellung von sozialer Gerechtigkeit auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit begünstigt eine besitzindividualistische Orientierung, und diese zerstört die Allgemeinheiten der Überbauten. Soweit diese nach Prüfungsprozessen (Controlling, Evaluation, Ranking) erhalten bleiben, stärken sie aufgrund von Umstrukturierungen auch ihrerseits die soziale Selektion. Dies bedeutet, dass der Neoliberalismus eine Herrschaftsstrategie ist, die versucht, so weit wie möglich ohne Konzessionen zu herrschen. Dies sagen indirekt auch solche Kritiker, die mahnen, es möge doch die soziale Integration nicht vernachlässigt werden, weil diese den sozialen Frieden erhalte – und die Kritiker sind oft diejenigen, die selbst zur Durchsetzung ihrer Ziele neoliberale Instrumente verwenden.

Wenn gegenwärtig nicht in der Form der Hegemonie geherrscht wird, so stellt sich auch durchaus die Frage, ob es überhaupt wieder zu Hegemonie kommt, ob Hegemonie also vielleicht nur eine besondere Form der konsensuellen Herrschaft unter Bedingungen des Fordismus war oder ob nur in einer mehr oder weniger langen Phase auf Hegemonie verzichtet wird, weil sie eben kostet. Aufgrund der schnelleren Zyklen der Kapitalverwertung wird auch hier anders gerechnet. Die Kosten von Krisen können in Kauf genommen werden, wenn sie niedriger sind als die Kosten für ihre Vermeidung; dies ermöglicht die Senkung von Transaktionskosten und die Mitnahme von Gewinnen. Bis es wirklich notwendig wird, für die Vermeidung von Krisen Geld auszugeben, kann es selbst wiederum gewinnbringend investiert werden. Vor allem ist denkbar, Kapital zu verlagern und damit lokalen Krisen möglicherweise zu entgehen. Vor allem aber scheint es so, dass das Potenzial der ökonomischen und vor allem politischen und kulturellen Krise für eine gewisse Phase verringert wurde durch den Verzicht auf Hegemonie, der ja – wie seit den 1970er Jahren immer wieder von Neoliberalen und Neokonservativen betont – zu einer Überforderung des Staates und zu Unregierbarkeit führte. An die Stelle der Hegemonie und des Zwangs tritt eine neue Form von Herrschaft, Herrschaft durch Kontingenz (vgl. Demirovič 2001). Sie stützt sich insbesondere auf das, was Marx (1969, 765) als den

„stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ selbst bezeichnet hat. Doch der stumme Zwang ist gar nicht so stumm, sondern findet eine Übersetzung in die vulgäre Sprache der neoliberalen Ideologie, die vor allem aus der Mahnung besteht, die Anforderungen der Produktionsweise als Naturgesetze anzuerkennen. Diese Naturgesetze werden heute – angesichts des Verlustes der Autorität der Wissenschaften in der sog. reflexiven Moderne – als Praktiken der Ungewissheit durchgesetzt: jeder ist frei und für sich verantwortlich, alles könnte auch immer anders sein – „Lola rennt“ ist die filmische Bearbeitung eines neuen, narrativen Kontingenzmanagements, das uns mit der Tatsache konfrontiert, dass wir in jeder Sekunde Entscheidungen treffen, die auch hätten anders ausfallen und zu einer anderen Geschichte hätten werden können. Dies zwingt uns eine neue und geschichtslose Mobilität und Identität auf. Gerade die Fragmentierung und zu hohe Komplexität der zahllosen Alternativen fördert die Neigung, die Dinge so geschehen zu lassen, wie sie geschehen. Die Komplexität wird auf diese Weise der Grund dafür, dass alles so bleibt, wie es ist.

Für die Hegemonie des Neoliberalismus werden vor allem zwei Argumente angeführt, die an Gramsci anschließen. Das eine Argument ist, dass Hegemonie mit der Herausbildung großer organischer Intellektueller verbunden ist. Gramscis Überlegung zufolge kamen solche Intellektuelle dann in die gesellschaftliche Position von Philosophen. Obwohl sie häufig aus der Philosophie kommen, hat dies nichts mit Fachphilosophie zu tun, umgekehrt gewinnt die Fachphilosophie ihr Prestige in den europäischen Gesellschaften weitgehend daraus, dass ihr diese hegemonialen Autoren und Theorien zugerechnet wurden. Gramsci hatte Benedetto Croce vor Augen, wir könnten heute Personen wie John Rawls oder Jürgen Habermas vor Augen haben, Intellektuelle, die mit ihren Theorien die Allgemeinheit der wohlfahrtsstaatlichen Demokratie repräsentiert haben. Entsprechend muss der Konsens auch durch Angriffe auf die von Habermas systematisierten Begriffe gebrochen werden. So formulierte Edmund Stoiber ohne Bezug auf Habermas, aber doch mit dem Ziel, einer ganzen Denkformation den Abschied zu geben, dass die rot-grüne Politik für viel Diskurs und wenig Leistung stünde. Wenn wir den Neoliberalismus unter diesem Gesichtspunkt betrachten, dann lässt sich behaupten, dass er einen solchen Typ von Intellektuellen bislang nicht hervorgebracht hat, wahrscheinlich nicht hervorbringen wird und deswegen auch nicht hegemonial ist. Walpen hat zur Verteidigung des Arguments den interessanten Vorschlag gemacht, die neoliberalen Think tanks als neue organische Intellektuelle des Neoliberalismus zu begreifen und mit dieser Überlegung umfassende Einsichten in Diskurszusammenhänge des Neoliberalismus gewonnen. Ich meine, dass trotzdem Vorsicht angebracht ist. Die Bedeutung der Think tanks hat in den vergangenen drei Jahrzehnten deutlich zugenommen und damit den staatlichen Politikmodus verändert (vgl. Demirovič 2004; Resch 2005). Aber es handelt sich um intellektuelle Beratung, um für den Tag geschriebene Arbeitspapiere, um politiknahe Konzepte, um technokratische Ideologieplanung, die selten organisch wird und trotz unbestreitbarer Machteffekte über kurze Konjunkturen hinaus Bestand hat. Niemand würde wohl Schriften von Müller-Böling, des Leiters des von der Bertelsmann-Stiftung finanzierten Centrums für Hochschulentwicklung, lesen, um sich daraus Aufschluss über das eigene Leben, die Ziele und Handlungsperspektiven, die Grundlagen der Gesellschaft und das Zusammenhandeln zu erwarten. Wer wird sich in einigen Jahren noch an den „Dritten Weg“ erinnern? – und Giddens hat es sicherlich in seiner Position als Intellektuellen eher geschadet als genutzt, dass er die Verknüpfung von Sozialdemokratie und Neoliberalismus repräsentierte.

Ein zweites wichtiges Argument ist, dass der Neoliberalismus nun seit längerem schon dar-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

an arbeitet, eine neue Lebensweise durchzusetzen (vgl. Candeias 2004). Wie bereits gesagt, fragt es sich, warum in diesem Zusammenhang der Neokonservatismus völlig außer Betracht bleibt. Denn schließlich gingen in den USA oder Deutschland gerade von ihm die zentralen Angriffe gegen die sog. Kulturrevolution von 1968 und die Forderung zu einer geistigen und moralischen Wende aus. Eine verbreitete Kritik am Neoliberalismus ist, dass er zu einer Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse führt. Das kann nicht wirklich das entscheidende Kriterium sein, weil dies in verschiedener Form allgemein für den Kapitalismus und auch für den wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus gilt. Zutreffender erscheint mir die Beschreibung Foucaults, wenn er eine Umkehrung feststellt. Anders als im klassischen Liberalismus soll der Markt nicht ein vom Staat eingehegter und begrenzter Raum wirtschaftlicher Freiheit sein. Umgekehrt soll die Freiheit des Marktes zum Organisations- und Regulationsprinzip von Staat und Gesellschaft werden. Deswegen handelt es sich auch nicht um eine Entbettung des Marktes, seine Herauslösung aus der Gesellschaft. Der Markt wird zu ihrem Prinzip. Nicht der Markt als Tausch und Konsum, sondern der Markt als operativer Mechanismus, der Freiheit und Gerechtigkeit ermöglicht, soll freigesetzt werden.

Freilich geht es um Wettbewerb, Allokationseffizienz, Preise, Inflation, freie Unternehmensentscheidung; doch immer auch um das Versprechen, eingeschliffene Interessen zu überprüfen, die Bindung an eingegangene Verpflichtungen, an die Geschichte zu lösen, indem die Kosten gesenkt, Ressourcen effizienter verwendet, marktnäher produziert oder Dienstleistungen am Markt und nicht mehr vom Staat angeboten werden. Es scheint, dass im Interesse der Kapitalgeber und Verbraucher gehandelt wird. So werden Unternehmen transaktionskostenanalytisch daraufhin geprüft, ob die einzelnen Unternehmensteile nicht zu wenig rentabel sind, ob es für das Unternehmen nicht gewinnbringender wäre, seine Immobilien zu verkaufen und die nötigen Gebäude zu leasen; bestimmte Teilprodukte oder Dienstleistungen nicht mehr selbst zu erbringen, sondern kostengünstiger auf dem Markt zu kaufen. Die Lohnabhängigen sich prüfend unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob ihre individuellen Eigenschaften und Fähigkeiten Teil eines wettbewerbsfähigen Portfolios oder aber ein Wettbewerbshindernis sein könnten, weil ihre Kenntnisse und persönlichen Erfahrungen sie an eine Vergangenheit binden, die sie unflexibel macht. Gefragt wird, ob die Länge des Studiums und die damit verbundenen Kosten nicht Ergebnis einer falschen Organisation der Hochschulen oder dem geringen Kostenbewusstsein der Studierenden geschuldet ist. Auch die Kosten, die eine Krankheit oder ein behindertes Kind für die Versicherungsgemeinschaft mit sich bringen, stehen zur Disposition, wenn die Krankheit oder die Behinderung antizipiert und durch entsprechende Vorsorge wie Sport, Diätetik, Geburtsverhinderung oder genetischen Eingriff verhindert werden können. Alles läuft darauf hinaus, entstehende Kosten unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob sie noch gerechtfertigt sind oder nur einfach deswegen akzeptiert werden, weil sie irgendwann einmal Zustimmung gefunden haben. So ist ja eine der absurden rhetorischen Figuren, dass wir uns heute angeblich Dinge nicht mehr leisten können, die sich die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften in den 1950er Jahren bei geringerem gesellschaftlichem Reichtum und geringerer Produktivität durchaus leisten konnten.

Im Unterschied zum klassischen Liberalismus vertritt der Neoliberalismus nicht das Prinzip des Laissez faire. Es geht ihm nicht einfach darum, der Wirtschaft Freiheit einzuräumen, sondern umgekehrt darum zu bestimmen, wieweit sich die politische und soziale Gewalt der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs erstrecken sollen (vgl. Foucault 2004, 169). Markt und Wettbewerb stellen sich nicht natürlich und von allein ein, sie sind vielmehr selbst Ergeb-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

nis von Politik. Der Markt wird nicht einfach entgrenzt, sondern für das Strukturprinzip des Wettbewerbs werden durch Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik die geeigneten technischen, wissenschaftlichen, demographischen, rechtlichen Bedingungen der Entfaltung geschaffen. „Man soll für den Markt regieren, anstatt auf Veranlassung des Marktes zu regieren." (Ebd., 174) Es gibt also auch im Fall des Neoliberalismus Staatsinterventionen, aber – so Röpke – ihre Richtung soll eine andere sein als im Fall der Planwirtschaft oder des Keynesianismus.

Der Neoliberalismus plausibilisiert die kapitalistischen Naturgesetze durch das Versprechen, zu überprüfen, ob ökonomische, soziale, emotionale Kosten gerechtfertigt sind und Gerechtigkeit herzustellen. Er greift die Zweifel auf, die auch in der Linken hinsichtlich des Bürokratismus, der Intransparenz und der mangelnden Effizienz von staatlichen Behörden, kapitalistischen Unternehmen oder wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen verbreitet waren. Doch es sind nicht nur die Zweifel, die er aufgreift, sondern er bietet an, durch objektive Maßstäbe, die der Markt zur Verfügung stellt: Geld, unternehmerischer Erfolg, Aktienkurse Gerechtigkeitsansprüche zu befriedigen.

Ein klassisches Argument in diesem Zusammenhang ist das von Neoliberalen gegen die Gewerkschaften gerichtete. Hayek ebenso wie andere Neoliberale betonen das Recht auf Koalitionsfreiheit und die Nützlichkeit der Gewerkschaften. Aber er glaubt auch, dass das ganze Fundament unserer freien Gesellschaft durch die von den Gewerkschaften angemaßte Macht schwer bedroht sei (vgl. Hayek 1991, 341). Danach führt er eine Reihe von Argumenten gegen den Monopolcharakter der Gewerkschaften an. Das zentrale Argument zielt auf den Aspekt der Ungerechtigkeit. Denn indem die Gewerkschaften mit ihrem Vertretungsmonopol für Lohnabhängige das Angebot auf dem Arbeitsmarkt künstlich verknappen, können sie die Löhne erhöhen. Dies bedeute aber, dass einige den Nutzen von hohen Löhnen haben, viele andere jedoch auf Märkten arbeiten müssen, auf denen ein Überangebot herrscht und auf denen sie deswegen nur niedrige Löhne erzielen können oder gar keine Arbeit finden. Es kommt also durch Gewerkschaften zu einer Verzerrung der Lohnstruktur. Wären die Löhne frei verhandelbar, könnte das Reallohnniveau insgesamt höher sein. Hayeks Überlegungen sind weitgehend falsch und werden der Realität fordistischer Lohnverhältnisse, wie sie für Deutschland und andere Wohlfahrtsstaaten charakteristisch waren, nicht gerecht, treffen aber in gewissem Umfang die Exklusionslogik der neokorporatistischen Kompromissbildungen, die zur Marginalisierung von Frauen, gering Ausgebildeten oder Migranten führen. Das Entscheidende an diesem Argument ist jedoch, dass Hayek nicht direkt für die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen und für Individualverträge plädiert, sondern auf Gerechtigkeit und größere Wohlfahrt für alle als Argument zurückgreift. Damit lässt sich im Namen der Gerechtigkeit plausibel machen, warum Lohnprivilegien beseitigt und niedrige Löhne eingeführt werden sollten.

Solche neoliberalen Überlegungen stoßen wahrscheinlich auf keine direkte Zustimmung unter Lohnabhängigen, sondern haben ihren Rückhalt eher unter Unternehmern und Managern. Denn ihr Interesse, das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Verausgabung von Arbeitskraft zu ihren Gunsten zu ändern, erscheint nun als eine das Allgemeinwohl fördernde Maßnahme der Gerechtigkeit und entspricht ihrem Paternalismus und Managerialismus zu denken, dass sie viel besser als die Gewerkschaften oder die Betroffenen selbst wüssten, wie höhere Wohlfahrtsgewinne zu erzielen wären, die zum Vorteil der Lohnabhängigen wären. Es wird also keine plumpe Interessenpolitik propagiert, sondern eine Gemeinwohlphilosophie vertreten, die allerdings diejenigen, an deren Wohlfahrt gedacht wird, nicht einbezieht. Es ist

dieser Paternalismus, der dann immer wieder zu der Demagogie führt, Gewerkschaftsfunktionäre ihre hohen Einkünfte vorzuwerfen oder als eigentliche Plage und Hindernis für eine erfolgreiche Wachstumspolitik zu denunzieren. Wenn nun in den vergangenen Jahren auch Managergehälter in der öffentlichen Diskussion stehen, dann hat dies interessante Aspekte. Denn auch in diesem Fall geht es um Gerechtigkeit. Dies wirft die Frage nach dem Maßstab von Gerechtigkeit auf. Kriterien sind Leistung, Verantwortung, Vergleichbarkeit mit anderen Managern. Unterstellt wird gleichsam nebenbei, es gäbe ein Äquivalent, an dem gemessen die Einkommen von Managern jetzt gerade, wo alle sparen, zu hoch sind – anstelle von zehn vielleicht nur eine Million Jahreseinkommen. Entsprechend dieser Logik des Äquivalents sind die Arbeitslosen faul, träge, verantwortungsscheu, nicht leistungsbereit, unflexibel. Die Konsequenz ist die Forderung nach Leistungsgerechtigkeit; und wenn die Maßstäbe dieser Gerechtigkeit nicht in endlosen und unlösbaren moralischen Konflikten ausgehandelt werden sollen, dann bietet der kapitalistische Äquivalententausch eine Lösung. So erscheint gerechtfertigt, dass es hohe, aber nicht zu hohe Managergehälter gibt; doch geraten die Eigentumsanteile an den Unternehmen und die Gewinne ebenso aus dem Blick wie die Tatsache, dass die Lohnabhängigen den gesellschaftlichen Reichtum erzeugen und nicht die Manager und Kapitaleigner, die ihn privat aneignen.

Es gibt andere Felder, in denen sich ebenfalls beobachten lässt, wie Gerechtigkeit zur Geltung gebracht wird. So gibt es keinen Zweifel, dass die wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen mit einer enormen Bürokratisierung verbunden waren. Die Ansprüche auf Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Studienförderung konnten aufgrund eines Rechtsanspruchs nach einer Prüfung geltend gemacht werden. Dazu musste der individuelle Fall in ein rechtlich kodifiziertes Schema hineinpassen, das den konkreten Lebensbedingungen aber in vielen Fällen nicht entsprach. Wollten also die Betroffenen die Unterstützung nicht verlieren, mussten sie vielfach über die Einzelheiten der Lebenslage lügen. Das hat sich bei aller Kritik am Bürokratismus nicht geändert, dieser wurde sogar noch gestärkt. Dies zieht das Missbrauchsargument nach sich. Der sozialdemagogischen Rhetorik liegt aber normativ ein Gerechtigkeitsargument zugrunde: nämlich die Kritik daran, die gemeinschaftliche Einlage in die Versicherung zu Gunsten individueller Interessen auszunutzen. Auch für andere Bereiche gilt dies. So kann, lässt man eine Reihe von empirischen Daten wie den hohen Anteil der vermindert Berufsfähigen außer Betracht, durchaus argumentiert werden, dass es unsinnig ist, dass Lohnabhängige formal im Alter von 65 in die Rente gehen müssen, wenn sie angesichts gestiegener Lebenserwartung noch eine Weile arbeiten könnten und der Ruhestand für viele nur quälende Sinnlosigkeit, schrankenloser Fernsehkonsum als Ersatz für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und leerlaufende Beschäftigung mit Besuchen bei Ärzten und Apotheken bedeutet. Dies treibt die Kosten der Krankenkassen hoch. Die Kosten nehmen auch dadurch zu, dass die Zahl der niedergelassenen Kassenärzte steigt, Mitnahme- und Betrugsmöglichkeiten wachsen, die Einkommen der Führungskräfte in den Krankenkassen hoch sind, ein bestimmtes, nämlich klinisches und nachsorgendes Modell von Krankheitsfürsorge dominant ist. Wenn nun die Beiträge zur Kranken- oder Rentenversicherung erhöht werden, stellen sich Fragen der Gerechtigkeit hinsichtlich der solidarischen Finanzierung und der Generationengerechtigkeit. Fragen nach dem Sinn des konsumistischen Lebensstils und des biographischen Musters sind nicht nur neoliberal. Elemente sind energiereiche, ballaststoffarme Ernährung, Zigaretten, Alkohol, wenig Bewegung; hinzu kommt eine rigide und fremdbestimmte Verteilung des Arbeitsvolumens auf die Lebenszeit der Individuen. Dies führt zu statistisch verbreiteten Krankheitsbildern. Diesen wird nicht präventiv, sondern nachsorgend begegnet. Der Ausbeutungszustand

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

der Lohnabhängigen wird noch bis in die Ernährung, die Körperpraxis, die Art der Krankheiten und der medizinischen Betreuung aufrechterhalten. Die neoliberale Reaktion auf alle die erfahrenen Ungerechtigkeiten ist die Umstellung von der staatlich erzwungenen Solidarität des Sozialversicherungskollektivs zur privaten Vorsorge. Die soziale Gerechtigkeit knüpft die Tarife an die Einkommen und die Leistungen an die Bedürftigkeit, doch dabei wird eine Homogenität der Lebensformen unterstellt (Ess- und Trinkgewohnheiten, Sportarten), die zweifelhaft ist; demgegenüber trägt die versicherungsmathematische Gerechtigkeit individualisierten Lebensgewohnheiten in größerem Masse Rechnung, indem sie auf der Grundlage statistischer Risikoverteilung hohe Risiken mit hohen Tarifen verbindet (vgl. Schmidt-Semisch 2000). Es geht nicht mehr darum, die Individuen vor den Risiken zu schützen. Vielmehr sollen die Bedingungen geschaffen werden, in dem sie die Risiken annehmen können. Alle sollen Unternehmer sein und sich derart verwerten können, dass sie ein Einkommensniveau erreichen, das ihnen die private Vorsorge ermöglicht.

Kommen wir zu einem weiteren Erfahrungsfeld: dem Bildungsbereich. Die wohlfahrtsstaatliche Öffnung des Bildungssystems hat den Zugang zu und den Erwerb von höheren und hohen Bildungstiteln erleichtert. Die Angebote vor allem im höheren Bildungsbereich waren – im Unterschied zu vorschulischer Kinderbetreuung und beruflicher Ausbildung – lange Zeit kostenlos. Dies bedeutet keineswegs, dass dem das inhaltliche Engagement oder – in neoliberal-bürgerlichen Terms – die Leistung entsprach. Vielmehr hat dies vielfach zu Freeriderverhaltensweisen bei Hochschullehrern und Studierenden geführt. Es war durchaus geläufig, dass im Namen der Lehr- und Forschungsfreiheit Professuren als eine politische oder Gesinnungsrente betrachtet wurden, weder wurde gelehrt noch publiziert noch geforscht, etliche Hochschullehrer bestritten ihre Lehrveranstaltungen über Jahrzehnte mit einem von ihnen selbst verfassten Lehrbuch, eine einmalige Anstrengung ihrer Jugend, von der sie sich für den Rest ihres Lebens zu erholen hofften (vgl. die historische Darstellung von Charle 1996, 149); viele Studierende konnten nach dem Erwerb statistisch sicher sein, dass sie auch einen Universitätsabschluss erwerben würden. Zwangsläufig musste dies zur Forderung nach Reformen führen: von Seiten der Wissenschaftler und Studierenden, von Seiten der Arbeitgeber, aber auch von Seiten derjenigen, die den Verlust ihres früheren Bildungsprivilegs fürchteten. Wie so häufig haben sich ganz schnell an die Spitze des Reformzugs diejenigen Kräfte gestellt, die ohnehin gegen die Öffnung des Bildungssystems waren oder diejenigen, die befürchten mussten, dass sie bei strengeren inhaltlichen Maßstäben als Wissenschaftler und Lehrende diskreditiert würden. Das konnten sie abbiegen durch Einführung bürokratischer Leistungsmaßstäbe und -kontrollen, Verschulung der Studiengänge, Studiengebühren als Leistungsanreiz. Das gab ihnen ein weiteres Mal die Kontrolle ohne inhaltliche Kompetenz, ja die Möglichkeit, die gefürchtete Wissenschaft endgültig wenn nicht zu beseitigen, so doch selbst an den Hochschulen zu marginalisieren. Da das organisationssoziologische Wissen auch die Erkenntnis parat hält, dass mit neuen Routinen sich erneut Bequemlichkeiten oder Freeridermuster ausbilden, wird versucht, den Prozess der Leistungskontrolle in die Institution verstärkt einzubauen durch Vermarktlichung, auf Dauer gestellte Evaluation und ständigen Anreizen für die Suche nach best practices. Mit der Durchsetzung von wissenschaftsfremden Verhaltensvorgaben (Drittmitteleinwerbung, Managementfähigkeiten) kommt es zu einer systematischen Verzerrung bei der Rekrutierung des Nachwuchses, der immer weniger nach wissenschaftlicher Kompetenz bewertet wird. Denjenigen, die die Reformen bestimmen und alle Wissenschaftler nur noch in die Position von Verwaltungsbeamten drücken, die unentwegt in Kommissionen sitzen, mit Evaluation,

Drittmitteleinwerbung, Gutachten etc. zu tun haben, kann dieser Nachwuchs, der nichts anderes mehr kennt, auch nicht mehr gefährlich werden.

Wir sind jetzt hier an einem Punkt, der für die Beurteilung des zweifelhaften Charakters des Neoliberalismus entscheidend ist. Der Neoliberalismus ist an seinen eigenen Gesichtspunkten nur in einem eingegrenzten Masse überhaupt interessiert. Das ist das vulgärideologische Moment an dieser Ideologie. Wenn er die nicht intendierten Kosten der Gewerkschaften oder des Sozialstaats berücksichtigt wissen will, so kann das durchaus vernünftig sein, um Verbesserungen der Vertretung von Lohnabhängigen, Erweiterungen des Arbeitsbegriffs oder Effizienzprüfung und Öffnung für die realen Lebenslagen herbeizuführen. Darum geht es dem Neoliberalismus allerdings nicht. Ihm geht es um maximale schnelle Gewinne und verbesserte Möglichkeiten zur Auspressung der Arbeitskraft ohne Konzessionen. Entsprechend ist er sich selbst gegenüber großzügig und erwägt nicht die Kosten, die seine eigenen Maßnahmen mit sich bringen. Dazu gehören in den Unternehmen die Kosten von Unternehmensberatern, Unternehmensreorganisation, die geringere Produktivität wegen Störung der Arbeitsabläufe. Im Bildungsbereich führt die ständige Evaluation zu einer gewaltigen Evaluierungs- und Akkreditierungsbürokratie. Das erzeugt enorme Kosten für den Aufbau einer entsprechenden Verwaltung und entsprechende private Mitnahmeeffekte, Gelder werden für wissenschaftsfremde Zwecke gebunden; viele Wissenschaftler sind nur noch mit der Einwerbung von Drittmitteln und der Aufbereitung ihrer Tätigkeit für die Evaluierung beschäftigt, während die Wissenschaft selbst auf der Strecke bleibt, was langfristig zu einer Schädigung des Kompetenz- und Wissensniveaus der Gesellschaft führt.

Ein anderes Beispiel sind die Transaktionskosten, die die Privatisierung von Krankenversicherung oder Altersvorsorge für die Einzelnen bedeuten. Der Einzelne, der zuvor von den gesetzlichen Krankenkassen entmündigt wurde, weil er nie eine Rechnung erhielt, die ihm Auskunft über die vom Arzt erbrachte Leistung gegeben hätte, soll nun im Vergleich herausfinden, welche Krankenkasse und welche Altersversorgung die beste für ihn sei. Das Argument ist, dass „wir“ uns die kostspieligen Ausgaben für Gesundheit und Altersversorgung nicht mehr leisten könnten. Nun wird dies in die Verantwortung der einzelnen übergeben, mit der Unterstellung, sie könnten es sich leisten. Diese Unterstellung ist freilich aus vielerlei Gründen falsch. In Kauf genommen wird also faktisch eine Unterversorgung. Bemerkenswert ist auch die Bereitschaft, ein Niveau gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Effizienz in Frage zu stellen, die mit der Verlagerung und Erledigung sozialer Vorsorge an darauf spezialisierte Verwaltungsagenturen verbunden waren. Die Kosten für die einzelnen durch Informationsaufwand, teilweise überdurchschnittlich hohen Versicherungsbeiträge bei Privatversicherungen und Betrugsrisiko werden nicht mehr bedacht. Dies ist umso skandalöser, als in Fällen von Rezessionen die Privatversicherer von der öffentlichen Hand Unterstützung fordern. Die kritische Überprüfung geht also im Fall des Neoliberalismus nicht soweit, dass auch die privatwirtschaftliche Unternehmensorganisation, die Logik der Märkte, die staatlichen Kerninstitutionen wie Recht, Regierung, Militär oder Polizei, Justiz und der Strafvollzug auf ihre gesellschaftlichen Kosten hin überprüft werden. Es wird nicht nach den gesellschaftlichen Opportunitätskosten gefragt, die die Entscheidung für eine gesellschaftliche Formation und nicht für eine andere mit sich bringen. Der Neoliberalismus will die Antwort der Logik der Kontingenz überlassen, denn jede zielvolle Planung in der Tradition der Aufklärung hat aus seiner Sicht nur in den Totalitarismus geführt. Bevor noch einmal etwas bewusst versucht wird, überlässt sich der Neoliberalismus lieber den Gesetzen der Natur, und diese sollen zum Markt führen. Unter tendenzieller Außer-

kraftsetzung der Demokratie sind Markt und Macht die Antworten des Neoliberalismus, mit Macht müssen die Gesetze der Natur verteidigt werden – das ist ein Kernelement der bürgerlichen Ideologie seit Hobbes; die Macht darüber, wer das Recht hat, darüber zu entscheiden, dass es Markt gibt und wem die Kosten aufzubürden sind.

Lord Dahrendorf, der die neoliberale Konstellation noch als Person symbolisiert, indem er für Liberalismus eintritt und mit seinem Adelstitel gleichzeitig in die Natur des Blutes flüchtet, hat dies jüngst ganz offenherzig gesagt: „Die Frage ist nicht: 'Wie sozial ist die Marktwirtschaft?', auch nicht 'wie sozial soll sie sein?', sondern 'wie viel Soziales erträgt eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft?' und 'wer soll dieses Soziale bestimmen?' „(FR, 21. 5. 2005). Das ist ja eine ausreichend offenherzige Überlegung, die deutlich macht, dass der Maßstab der Dinge die wettbewerbsfähige Marktwirtschaft ist und die Entscheidung für die Definition des Sozialen von denen beansprucht wird, die über die Marktwirtschaft entscheiden. Aus der Sicht von Dahrendorf heißt dies, dass soziale Rechte als kodifizierte Anspruchsrechte ebenso wie die Gewerkschaften zur Seite geschoben werden können. Er möchte das, was als sozial gilt, wieder zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen mit ihren wechselnden Ergebnissen machen. Aus einer solchen Formulierung spricht das Überlegenheitsgefühl derer, die die ökonomische Definitionsmacht haben. Gerade dies müsste und könnte ihnen die Linke streitig machen. Sie könnte einen besonderen Gebrauch von Marx' reflexiver Frage nach dem Erzieher der Erzieher machen: also die Evaluatoren evaluieren: die Bundeskanzler und Abgeordneten, die Jasager in der Presse und an den Universitäten; die Kosten der Kostenprüfer prüfen; eine Bewertung der Rating- und Rankingagenturen durchführen; die Unternehmensberater auf den Erfolg ihrer wirtschaftspolitischen Strategien hin kontrollieren. Nach gut zwanzig Jahren Misserfolg des Neoliberalismus ist dringend geboten, den konformistischen Theologen des Marktes die Rechnung zu präsentieren. Es gehört zu den historischen Kompetenzen der Linken, gesamtgesellschaftliche Rationalitätsansprüche hinsichtlich der materiellen Produktion und Verfügung über Ressourcen und menschliche Arbeitskraft zur Geltung zu bringen. Das Andere ist eine historisch möglich gewordene konkrete Alternative.

Doch eigenartiger Weise gibt es keinen Wettbewerb hinsichtlich der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Konzepte. Alles wird von der dominanten pensée unique des Neoliberalismus an den Rand gedrängt, sie diskutiert nicht, sondern wiederholt mechanisch und autosuggestiv die Formeln, mit ihnen füllt sie Zeit und Raum. Nachhaltigkeit, Suffizienz, Entschleunigung, Internalisierung der Vernutzung von Ressourcen, neue Konzepte der Vollbeschäftigung, breite Wohlfahrtsparameter, Vergesellschaftung und demokratische Kontrolle der Produktionsmittel – alle diese Konzepte spielen am Ende nur eine geringe Rolle, selbst dort nicht, wo es um ökonomische Gesichtspunkte und mittel- und langfristige Perspektiven der Gesellschaftsentwicklung geht. Wer wird für alle die Folgen aufkommen, die mit der Überarbeitung der Menschen bei gleichzeitiger struktureller Arbeitslosigkeit, Vermögenspolarisierung, Übernutzung der Ressourcen, Versagen bei der Entwicklung alternativer und sanfter Technologien, Absenkung des Niveaus der Gesundheitsversorgung, Verfall der Bildungseinrichtungen, Zerschlagung öffentlicher Infrastrukturen und damit zusammenhängender Versorgung der Individuen verbunden sind? Der Neoliberalismus verwüstet das Leben so vieler Menschen und trägt zum Tod so vieler bei; aus der Sicht führender Unternehmen ist er sicherlich ein Erfolg. Die Gewinnsteigerung vieler deutscher DAX-Unternehmen beträgt das mehr als Hundertfache des Wachstums des Bruttoinlandsprodukts. Die deutsche Exportwirtschaft ist erfolgreich wie kaum in den vergangenen Jahrzehnten. Erkauft wird dies durch Verlagerung der Arbeitslosig-

keit ins Ausland, Produktivitätsabschwächung, Absenkung der Reallöhne, deflationäre Tendenzen, Überwälzung des Steueraufkommens auf die Pflichtsteuerzahler und die faktische Enteignung ihrer Lohneinkommen, hohe Arbeitslosigkeit, Zerstörung der öffentlichen Infrastrukturen und Absenkung des Lebensniveaus. Die Macht und Kontrollfähigkeit der Unternehmen über die Märkte, die Lohnabhängigen, die Lebensweise der Menschen nimmt zu.

Es ist also erklärungsbedürftig, warum ökonomische Kriterien eine so geringe Rolle spielen. Ich neige zur Hypothese, die mit meinem Zweifel an der Hegemoniefähigkeit des Neoliberalismus verbunden ist, dass der Neoliberalismus eine Form symbolischer Gewalt darstellt. Über ökonomische Fragen soll nicht diskutiert werden, weil die machtvolle Behauptung, dass es keine Alternativen gäbe, aufrecht erhalten werden soll gerade zu einem Zeitpunkt, wo die kapitalistische Formation verändert wird, um sie zu erhalten. Damit der Schleier des Unwissens aber erhalten werden kann, wird vermieden, den Sinn und die Funktionsweise des Ökonomischen selbst überhaupt zum Gegenstand von Konsensbildung zu machen. Ökonomische Gesichtspunkte werden als bloß materialistisch abgeschattet. Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist mit einer Wiederbelebung des Nationalismus und Patriotismus, des Rechtspopulismus, des öffentlich inszenierten Christentums, des antiwissenschaftlichen Mystizismus in vielen Spielarten (Kreationismus, Fantasy, Psychokulte) verbunden. Eine der Konsequenzen, die die Vertreter der CDU aus ihren starken Wahlverlusten bei den Bundestagswahlen 2005 zogen, ist, dass Themen wie Ökonomie, Steuer, Staatsverschuldung zu kalt sind und sich nicht an die Herzen der Menschen wenden. Sie wissen genau, dass nicht die Themen zu kalt sind, sondern sie selbst, und dass sie sich antidemokratisch über die Mehrheit der Gesellschaft hinwegsetzen, die eine solche Wirtschaftspolitik ablehnt. Aber auch in vielen linken Theorien spielen Moral und Kultur immer noch und trotz einer Aufwertung der Diskussion über Globalisierung eine größere Rolle als die materiellen Lebensverhältnisse. Vielfach bleiben die Argumente moralisch und beklagen lediglich den Mangel an Einbettung und Regulierung der Märkte; die Theoriebildung ist fragmentiert.

Wenn es sich also nicht um eine Hegemonie des Neoliberalismus handelt, dann stellt sich freilich die Frage, wie die gegenwärtigen Formveränderungen des Kapitalismus interpretiert werden können. Einen Hinweis geben die umfassenden Diagnosen von Castells (2001), Negri und Hardt (2002) oder Boltanski und Chiapello (2003). In diesen Analysen des sich allmählich neu formierenden Kapitalismus spielt der Neoliberalismus eine geringe Rolle; sie betonen die Bedeutung von Netzwerken und Wissen. So deuten Boltanski/Chiapello (2003, 574) an, dass das Hauptmerkmal der neuen Form des Kapitalismus weniger die Marktorientierung sei, sondern die Verbreitung der Netzlogik. Zu sehr sei die Gesellschaftskritik bewährten Gerechtigkeitsvorstellungen verhaftet geblieben und habe sich in die sterile Debatte zwischen Liberalismus und Etatismus verrannt, das Neue einer von der Netzlogik bestimmten Reproduktion der kapitalistischen Formation und ihrer Widersprüche werde jedoch verkannt; und so bleibe auch die Gesellschaftskritik der Linken immer noch ineffizient. In ihrer empirischen Auswertung der französischen Managementliteratur stellen sie fest, dass für Manager das Marktmodell eine unverändert stabile, aber nachrangige Bedeutung besitzt, während seit den siebziger Jahren das Netzmodell noch vor dem Marktmodell und hinter dem Industriemodell den zweiten Platz der Häufigkeit bei den in Anspruch genommenen Wirtschaftsmodellen einnimmt. Für die Industrielogik ist Hierarchie der Organisation und Funktionalität der Beschäftigten bestimmend. Für das Netzmodell sind andere Elemente charakteristisch: die Menschen sollen beweglich und kommunikativ sein, sie sollen Arbeitskontakte selbstständig und in flachen

Sozialpolitik in Diskussion, Band 2/2006: Seiten 12–27

Hierarchien herstellen, sie sollen sich nicht an vordefinierte Strukturen klammern, sondern die Fähigkeit besitzen, von Projekt zu Projekt zu wechseln, lernfähig und anpassungsbereit bleiben, Fachkenntnisse und Berufserfahrungen bereit sein, fallen zu lassen. Es handelt sich um eine libertäre Art der Profitmaximierung, die durch die enge Verbindung von Konkurrenz mit Kooperation, Kommunikation, Vertrauen, mit der Leidenschaft für das gemeinsame Projekt charakterisiert ist (ebd., 180, 257f). Damit werden wichtige Unterschiede des Netzmodells zur Logik des Marktes deutlich.

1. Marktwirtschaftliche Transaktionen erfolgen punktuell, während durch Vernetzung Austauschbeziehungen entstehen, die ohne Stabilisierung durch Planung von relativer Dauer sind.
2. Der Markt unterstellt bei der Preisbildung Transparenz, während die Netzwerke lediglich in Ausschnitten erkennbar sind und die Informationen nicht allen zum selben Zeitpunkt und zur Gänze zur Verfügung stehen.
3. Märkte funktionieren anonym, Netze gründen sich hingegen auf Abhängigkeits- und Vertrauensbeziehungen.
4. Produkte werden für Märkte anonym und unabhängig von den Beteiligten aufgrund von Preissignalen entwickelt und angeboten, während in der Netzwerkproduktion sich Eigenschaften der Waren, der Produktion und der Arbeitsplätze (einschließlich der Ware Arbeitskraft) wechselseitig entwickeln.
5. Schließlich ist zu erwähnen, dass die Beschreibung der Situation als Stärkung der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs dazu führt, die starken Konzentrationsprozesse, die Stärkung der Unternehmenszentralen und die Kontrolle der Märkte durch wenige Unternehmen, Konzerne, Allianzen, Firmenpartnerschaften zu übersehen.

Es ist deswegen sicherlich berechtigt, empirisch zu fragen, wie viel Markt und Konkurrenz es überhaupt gibt. Für Frankreich halten Boltanski und Chiapello fest, dass der Marktanteil der Marktführer deutlich gestiegen ist, dass ein Drittel der Arbeitsplätze im Mittelstand von einem Konzern abhängt. Eher als die Beschreibung einer Marktwirtschaft mit einer Vielzahl von Unternehmen mittlerer Größe scheint die Beschreibung eines Netzes von Konzernen angemessen, die aus einer größeren Zahl von kleineren Einheiten bestehen, die wiederum mit Subunternehmern zusammenarbeiten, die häufig selbstständige Unternehmen ohne Beschäftigte sind. Das Netz erlaubt bestimmende Marktstellung, Kontrolle der verschiedenen Einheiten, Abwälzung von Risiken und hohe Flexibilität (vgl. Boltanski/Chiapello 2003, 269; auch Sennett 1998, 69ff beschreibt diese enorme in Netze eingeschriebene Machtzunahme der Unternehmenszentralen). Boltanski und Chiapello vertreten also die These, dass die Management- und Unternehmensstrategien sich weniger auf neoliberale Konzepte als auf solche der Netzlogik stützen. Manches, was in der deutschen Diskussion als neoliberal charakterisiert wird: Peter Hartz' Ich-AG, der „Arbeitskraftunternehmer" (vgl. Voß/Pongratz 1998), die Entberuflichung und die Anforderungen der Flexibilität, Just-in-time-Produktion, flache Hierarchien, die Rolle der Unternehmensberater, Prozesse wie Benchmarking oder Evaluation können im Sinne der genannten Autoren ohne weiteres mit dem Modell des Netzes beschrieben werden. Die Netzlogik schließt die des Marktes ohnehin nicht aus. Denn die neoliberalen Elemente wie Markt, Antietatismus, Schutz des Eigentums an den Produktionsmitteln, Ablehnung der Gewerkschaften, Ersetzung sozialer Gerechtigkeit durch Chancen- und Leistungsgerechtigkeit, verbindet sich mit der Strategie des Netzes, das die Möglichkeit fließender Kommunikation durch Netzknoten verlangt, starre Hierarchien

als hinderlich betrachtet und sich auf die Erfahrung der zunehmenden Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen und neuer Arbeits- und Beschäftigungsformen stützt. Daraus entstehen neue Konfliktlinien: die Beteiligung am Arbeitsplatz und die Subjektivierung der Arbeit, die Autonomiespielräume, die Stärkung der kommunikativen Aspekte – und gleichzeitig die systematische Prekarisierung durch befristete Verträge und diskontinuierlichen Erwerb, schlechtere Bezahlung, drastisch verminderte soziale Absicherung, Entwertung und Verschleiß von Qualifikationen, Entgrenzung der Arbeitszeiten. Die Konflikte haben in den vergangenen Jahren eher zugenommen, Versuche, sie im Rahmen einer Strategie des „Dritten Weges" in ein neues sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt einzubinden, sind selbst in die Krise geraten.

BIBLIOGRAPHIE

Abelshauser, Werner (2004), Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München.

Boltanski, Luc und Eve *Chiapello* (2003), Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.

Charle, Christophe (1996), Vordenker der Moderne, Frankfurt am Main.

Candeias, Mario (2004), Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Hamburg.

Castells, Manuel (2001), Das Informationszeitalter, 3 Bände, Opladen.

Demirovič, Alex (2001), Herrschaft durch Kontingenz, in: Hans-Jürgen *Bieling* u. a. (Hrsg.), Flexibler Kapitalismus, Hamburg.

Demirovič, Alex (2004), Gouvernementalität und kognitiver Kapitalismus. Gesellschaftstheoretische Bemerkungen zur Immanenz des Wissens, in: Thomas *Ernst* u. a. (Hrsg.), Wissenschaft und Macht, Münster.

Foucault, Michel (2004), Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main.

Gehlen, Arnold (1978), Einblicke, Frankfurt am Main.

Hardt, Michael und Antonio *Negri* (2002), Empire, Frankfurt/New York.

Hayek, Friedrich August von (1991), Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.

Marx, Karl (1969), Das Kapital, Bd. 1, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin.

Müller-Jentsch, Walther (2001), Mitbestimmung: Wirtschaftlicher Erfolgsfaktor oder Bürgerrecht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, S. 202-211.

Resch, Christine (2005), Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise, Münster.

Schmidt-Semisch, Henning (2000), Selber schuld. Skizzen versicherungsmathematischer Gerechtigkeit, in: Ulrich *Bröckling* u. a., Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main.

Sennett, Richard (1998), Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin.

Stützel, Wolfgang u.a. (Hrsg., 1981), Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus zweihundert Jahren ordnungspolitischer Diskussion, Stuttgart/New York.

Voß, G. Günter und Hans J. *Pongratz* (1998), Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 50, Heft 1, 131-158.

Walpen, Bernhard (2004), Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft, Hamburg.